



Hans-Peter Kemper

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der NRW-Landesgruppe




Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Büro Ulrich Kelber, MdB
Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin

 (030) 227 – 700 26

 (030) 227 – 760 08

 Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de


Herrn Ministerpräsidenten
des Freistaates Sachsen
Prof. Dr. Georg Milbradt
Archivstr. 1

01097 Dresden

Büro Hans-Peter Kemper, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

 (030) 227 – 75 372

 (030) 227 – 76 499

 lhans-peter.kemper@bundestag.de

Berlin, den 2. April 2004

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

aus dem 1991 stillgelegten ehemaligen DDR-Forschungsreaktor Rossendorf/Sachsen sollen nach Ihrem Willen mehr als 900 bestrahlte Brennelemente in das Transportbehälterlager (TBL) Ahaus in Nordrhein-Westfalen verbracht werden.

Wir appellieren an Sie, diese überflüssigen, teuren und gefährlichen Transporte nicht zuzulassen! Der Schlüssel für diese Entscheidung liegt bei Ihnen als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen!

Die für den Transport von Rossendorf nach Ahaus notwendige Transportgenehmigung nach §4 AtG hat die Firma Nuklear Cargo + Service auf Wunsch des Betreibers der Forschungsreaktors, dem Verein für Kernverfahrenstechnik und Analytik Rossendorf (VKTA) beim Bundesamt für Strahlenschutz beantragt und inzwischen erhalten. Hinter dem VKTA steht letztlich der Freistaat Sachsen.

Geplant sind bis zu achtzehn Einzeltransporte der Castorbehälter per Lkw, weil nicht genug Transporthalterungen für einen gebündelten Transport zur Verfügung stehen. Neben Sicherheitsbedenken angesichts terroristischer Bedrohungen des sechshundert Kilometer langen Transportwegs sprechen über alles Maß hinausgehende Belastungen für Polizeibeamte, lange Beeinträchtigungen für die Bevölkerung am Transportweg und in Ahaus sowie die immensen Kosten für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen gegen die Durchführung der Transporte.

Auch nach einem Abtransport der achtzehn Castor-Behälter würde in Rossendorf keine „grüne Wiese“ entstehen, weil dort die zentrale Sammelstelle für radioaktive Abfälle aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verbleibt.

Die Lagerhallen in Rossendorf und Ahaus sind bautechnisch ähnlich, der notwendige Schutz wird durch die Castorbehälter selbst vermittelt. Mit der Verlagerung wäre also kein Sicherheitsgewinn, mit bis zu achtzehn Transporten per Lkw über je sechshundert Kilometer dagegen hohe Sicherheitsrisiken verbunden.

Für den Schutz der Transporte wären viele zehntausend Einsatztage von Polizeibeamten notwendig, die für die Sicherheitskräfte eine hohe Belastung darstellen würden. Außerdem würden die Polizeibeamten bei notwendigen anderen Aufgaben fehlen.

Die Einschränkungen entlang der Transportwege bei den bis zu achtzehn Transporten würden wochenlang zu Belastungen für den Ost-West-Verkehr, für die Anlieger der sechshundert Kilometer Strecke und vor allem für die Bewohner der Zielregion Ahaus führen.

Die Kosten alleine für den Landeshaushalt NRW werden sich auf wenigstens 50 Mio. Euro belaufen. Die bewährte bundesdeutsche Solidarität erfordert, dass Sie dem Land NRW und seinen Bürgern diese völlig unnötige Ausgabe ersparen.

In Rossendorf sind die baulichen Voraussetzungen für ein Zwischenlager bereits gegeben. Auf Antrag der sächsischen Landesregierung könnte dieses zeitnah eingerichtet werden, so dass die Castortransporte unterbleiben könnten. Für Deutschland, unsere Bundesländer und viele betroffene Bürger wären damit ein großer Sicherheitsgewinn und Einsparungen in Millionenhöhe verbunden.

Die Entscheidung und Verantwortung liegt bei Ihnen. Für eine kurzfristige Reaktion wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen,



gez.

Lale Akgün Gerd Friedrich Bollmann Hans-Günter Bruckmann Marco Bülow
Martin Dörmann Gabriele Frechen Kerstin Griese Rolf Hempelmann
Axel Schäfer Dr. Angelica Schwall-Düren Christoph Strässer René Röspel